

HERAUSGEBER: PROFESSOR ERICH BLUNCK, ARCH.
SCHRIFTLEITER: REG.-BAUMEISTER a. D. FRITZ EISELEN.

Alle Rechte vorbehalten. — Für nicht verlangte Beiträge keine Gewähr.

Städtische Hochbauten in Essen-Ruhr.

Architekt: Beigeordneter Dr. Albert Erbe †. (Schluß aus No. 44.)

IV. Walderholungsstätte der Friedrich und Wilhelm Funke-Stiftung in Essen-Bredeney.

(Hierzu die Abbildungen S. 283, 284 und 285.)



uf einem stillen, waldumrauschten Gelände in Essen-Bredeney (Lageplan Abb. 4, S. 283) ist durch Stiftung des Kommerzienrats Friedrich Funke in Essen vor Kriegsausbruch eine Walderholungsstätte eröffnet worden, in der erholungsbedürftige Kinder, ohne jeden Unterschied der Konfession, ein mehrwöchiger Aufenthalt geboten werden soll. Die Anlage kann ständig, sowohl im Sommer als auch im Winter, 60 Kindern Unterkunft gewähren. Der Stifter hat nicht nur die Summe von 276 000 Mark für das Grundstück und die bauliche Anlage bereitgestellt, sondern auch den Betrieb der Walderholungsstätte übernommen.

Die Aufnahme (Abb. 1) zeigt die Ost- und Südansicht des Hauptgebäudes mit Platzanlage. Getrennt vom Hauptgebäude ist am Waldrande ein in Abb. 3, S. 283, wiedergegebenes einklassiges Schulgebäude mit Nebenräumen errichtet. Durch die winkelförmige Anordnung des Hauptgebäudes ist die als Spielfläche für die Kinder geschaffene Platzanlage gegen West- und Nordwinde gut geschützt (Abb. 1 hierunter u. Abb. 8 auf S. 285).

Einen besonderen Reiz erhält diese Platzanlage durch einen Märchenbrunnen auf der südöstlichen Ecke der in Abb. 5 auf S. 284 wieder gegeben ist. Die winkelförmige Grundrißgestaltung des Hauptbaues er-

möglichte außerdem, die Schlafräume von den Wirtschaftsräumen zu trennen.

Die Raumverteilung ist folgende:

Im Kellergeschoß (Abb. 2 a. f. S. 1) sind eine Zentralheizungsanlage mit den erforderlichen Nebenräumen, ein Aufnahme- und ein Brausebad mit Aus- und Ankleideraum, 1 Abort, 2 Vorratskeller, 1 Schuhputzraum, 1 Keller für den Hausmeister, 1 Waschküche, 1 Bügelzimmer mit Abort untergebracht.

Im Erdgeschoß (Abb. 2 a. f. S.) sind die Wirtschaftsküche, eine kleine Speisekammer, eine Spülküche, ein Personalspeisezimmer und die Aborräume für Knaben, Mädchen und für das Pflegepersonal angeordnet. Die genannten Wirtschaftsräume stehen mit den Wirtschaftskellern in unmittelbarer Verbindung. In der Nähe des Eingangs liegt eine 4-räumige Wohnung für den Hausmeister, die durch eine besondere Treppe mit den Räumen für die Zentralheizung in Verbindung gebracht ist. Ferner befinden sich im Erdgeschoß folgende Haupträume: ein großer Speise- und Spielsaal, daneben ein Aufenthaltsraum für die Schwestern, zwei große geräumige Schlafräume für Knaben mit je 15 Betten und anschließenden Wasch-, Garderobe- und Aborräumen; zwischen den beiden Schlafräumen ist ein Raum für die Aufsichtsschwester eingeschaltet.

Im I. Obergeschoß (Abbildung 2 a. f. S.) sind über den vorgenannten Räumen ebenfalls zwei Schlafräume für Mädchen mit denselben Nebenräumen angeordnet, ferner eine zweiräumige Wohnung für die Ober-



Abb. 1. Gesamtbild der Walderholungsstätte.

schwester, das Büro, eine 2-räumige Wohnung für die erste Lehrschwester, zwei Schwesternbäder, zwei Schwesternzimmer, ein Fremdenzimmer, ein Nähzimmer, ein Krankenzimmer und ein Vorratsraum.

Vor den Schlafräumen des Erd- und Obergeschosses sind nach Süden Liegehallen vorgesehen.

Im Dachgeschoss befinden sich außer den

Nachwort der Schriftleitung. Mit der Walderholungsstätte in Essen-Bredeney beenden wir die Veröffentlichungen der von Dr. Albert Erbe in Essen geschaffenen Hochbauten. Doch seien auch seine anderen bedeutenderen Schöpfungen für diese Stadt wenigstens noch erwähnt. Während des Krieges geplant, sind die meisten dieser Bauten wegen der Ungunst der Nachkriegsverhältnisse bisher nur Entwurf geblieben. Es wäre zu wünschen, daß bei einer Besserung der Wirtschaftslage auch die Stadt Essen recht bald in die Lage käme, diese geplanten Bauten zur Ausführung zu bringen.

Von den ausgeführten Bauten wäre zunächst noch eine an der Barendelle gelegene 36-klassige Volksschule für Knaben und Mädchen zu nennen. In den einfachen dreigeschossigen Baukörper mit großer ruhiger Dachfläche und kurzen zurücktretenden Flügelbauten ist die Turnhalle einbezogen worden. Sie nimmt die Mitte des Erdgeschosses ein und gibt mit ihrer Bogenarchitektur der Hauptfront als beherrschendes Motiv ihre vornehme Wirkung.

Im Kriege wurde ferner auf städtischem Grundstück an der Grilowstraße eine Desinfektions-Anstalt errichtet, ein breit hingelagertes, eingeschossiges Bauwerk, das von einem abgewalmten großen Dach beherrscht erscheint.

Sicheres Gefühl für Fragen der städtebaulichen Gestaltung und deren geschickte Bemeisterung zeigen zwei unausgeführte Arbeiten Erbes: Der Entwurf zu einer Markthalle in Ver-

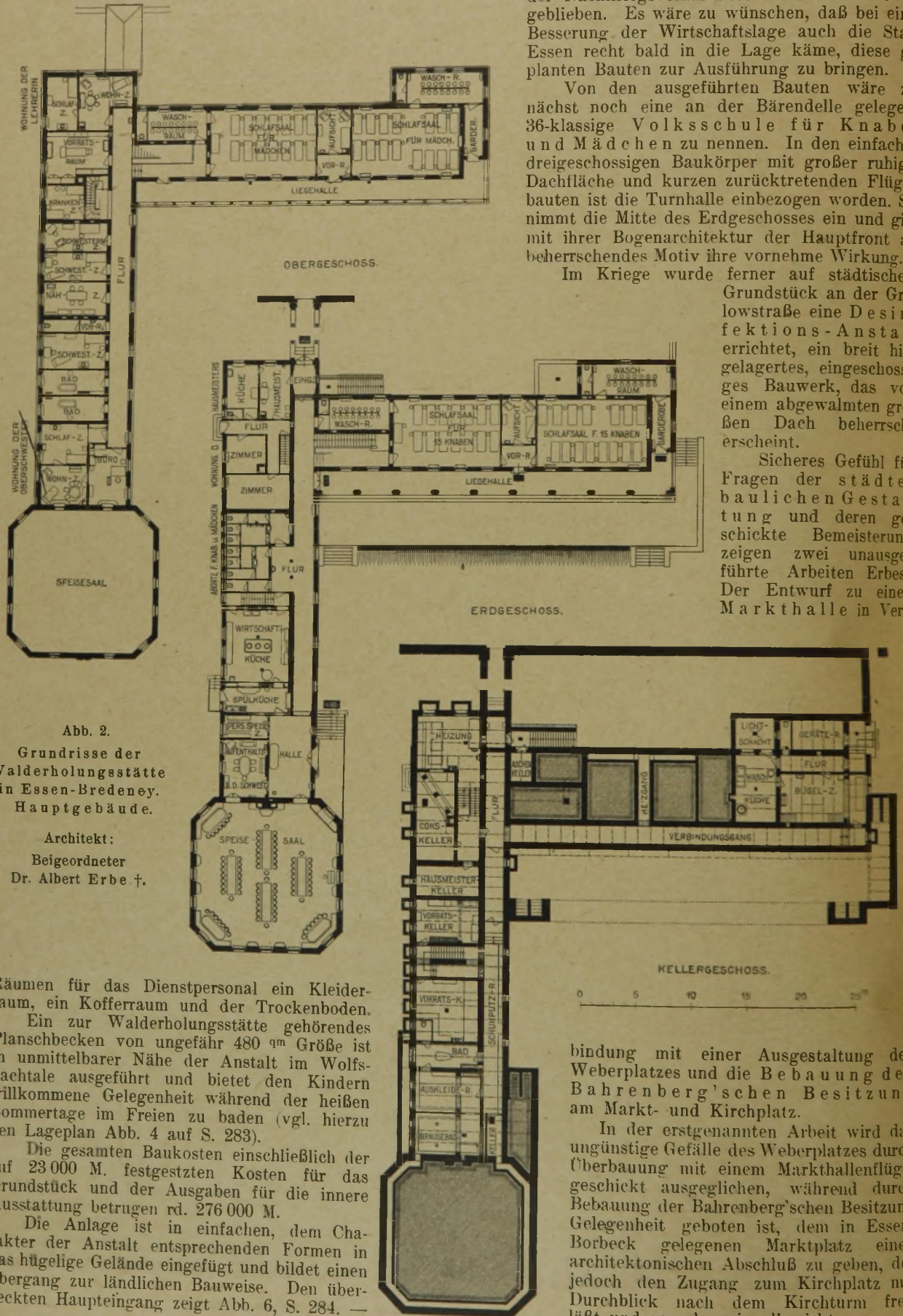


Abb. 2.
Grundrisse der
Walderholungsstätte
in Essen-Bredeney.
Hauptgebäude.

Architekt:
Beigeordneter
Dr. Albert Erbe †.

Räumen für das Dienstpersonal ein Kleider-
raum, ein Kofferraum und der Trockenboden.

Ein zur Walderholungsstätte gehörendes
Plansch Becken von ungefähr 480 qm Größe ist
in unmittelbarer Nähe der Anstalt im Wolfs-
bachtale ausgeführt und bietet den Kindern
willkommene Gelegenheit während der heißen
Sommertage im Freien zu baden (vgl. hierzu
den Lageplan Abb. 4 auf S. 283).

Die gesamten Baukosten einschließlich der
auf 23 000 M. festgesetzten Kosten für das
Grundstück und der Ausgaben für die innere
Ausstattung betragen rd. 276 000 M.

Die Anlage ist in einfachen, dem Cha-
rakter der Anstalt entsprechenden Formen in
das hügelige Gelände eingefügt und bildet einen
Übergang zur ländlichen Bauweise. Den über-
deckten Haupteingang zeigt Abb. 6, S. 284. —

bindung mit einer Ausgestaltung des
Weberplatzes und die Bebauung der
Bahrenberg'schen Besitzung
am Markt- und Kirchplatz.

In der erstgenannten Arbeit wird das
ungünstige Gefälle des Weberplatzes durch
Überbauung mit einem Markthallenflügel
geschickt ausgeglichen, während durch
Bebauung der Bahrenberg'schen Besitzung
Gelegenheit geboten ist, dem in Essen-
Borbeck gelegenen Markt- und Kirchplatz
einen architektonischen Abschluß zu geben,
der jedoch den Zugang zum Kirchplatz mit
Durchblick nach dem Kirchturm frei-
läßt und so sehr reizvoll wirkt. —

Die Not des handwerklichen Nachwuchses*).

Von Baurat Wilhelm Wagner, Reg.-Baumeister a. D., Direktor der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Berlin.



Veranlassung, die Not des handwerklichen Nachwuchses in der Öffentlichkeit zu erörtern, bildet der vom Gesetz vorgesehene Abbau unter dem neuen Schlagwort „Planwirtschaft“. Soll damit gesagt sein, daß bisher ohne Plan gewirtschaftet wurde? — Ich kann es mir wohl versagen, ausführliche Begründungen

anbildung des baukünstlerischen Nachwuchses auf handwerklicher Grundlage immer wieder von neuem gefordert. Prof. Straumer vom „Bund Deutscher Architekten“ führt u. a. dort aus: „In der Kunst muß strenger Maßstab immer nur die Qualität bestimmen. Wehe dem Volke, das nicht erkennt, daß es immer wieder von neuem Werte hervorbringen, neu kämpfen und gewinnen muß.“

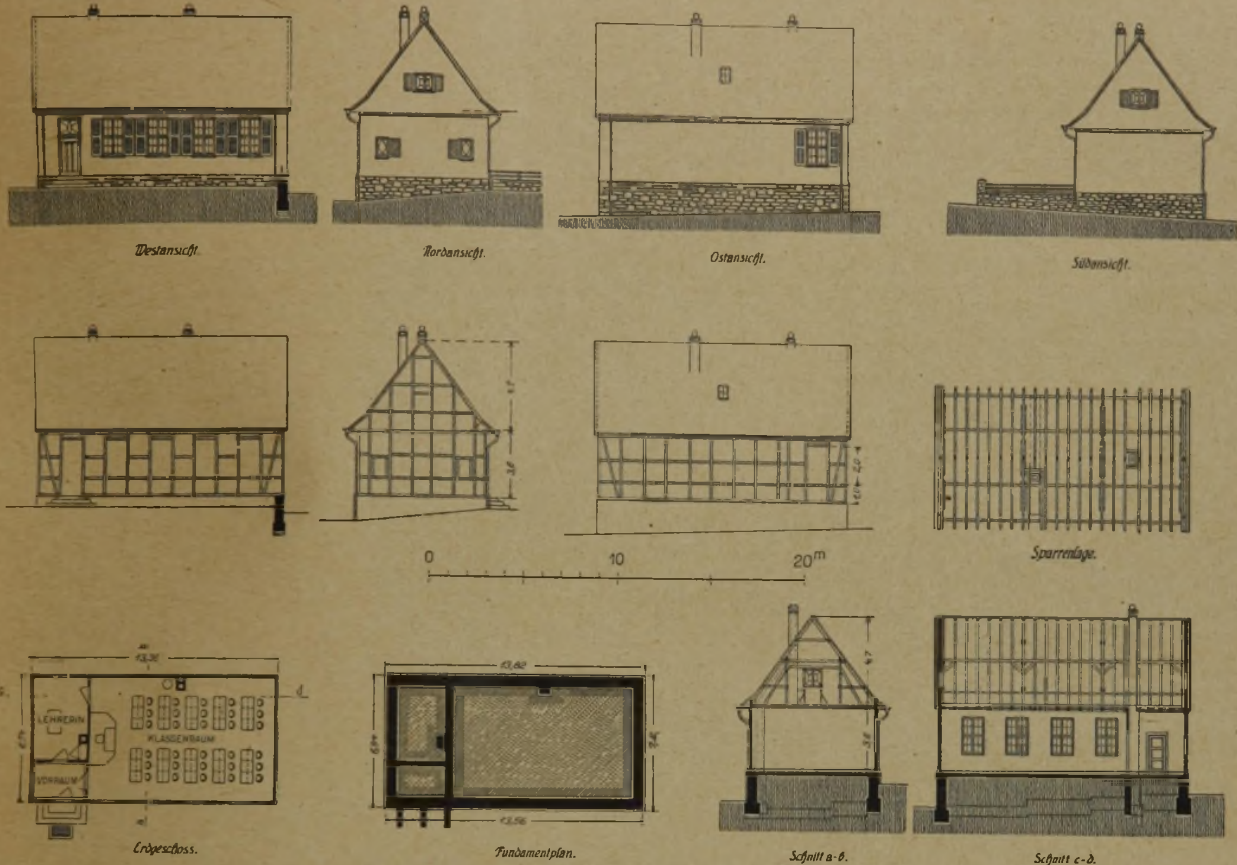


Abb. 3. Schulgebäude der Walderholungsstätte.

zum Thema zu geben. Deutliche Beweise für die Tatsache der vorhandenen Not sind ja die Klagen, die aus allen Betrieben über mangelnde Ausbildung einlaufen. Die Schuld muß man in erster Linie dem Krieg und der Nachkriegszeit mit ihrem sogenannten Versailler „Frieden“ beimessen. Aber auch die Gleichstellung des gelernten Arbeiters mit dem ungelerten durch das Tarifsystem hat das Übrige dazu beigetragen, diese Notlage zu schaffen und das Interesse an der Qualitätsarbeit zu untergraben. Eine weitere Ursache liegt in der Verarmung unseres Volkes und dem Mangel an Bau-tätigkeit.

Die Bestrebungen der Schulen gingen schon seit vielen Jahren dahin, dies r Not abzuhelfen, indem sie die Freude am Handwerk zu wecken suchten. Auch die Künstlerschaft hat in ihrer Kundgebung im Dezember 1920 im Abgeordnetenhaus die alte Forderung der Her-

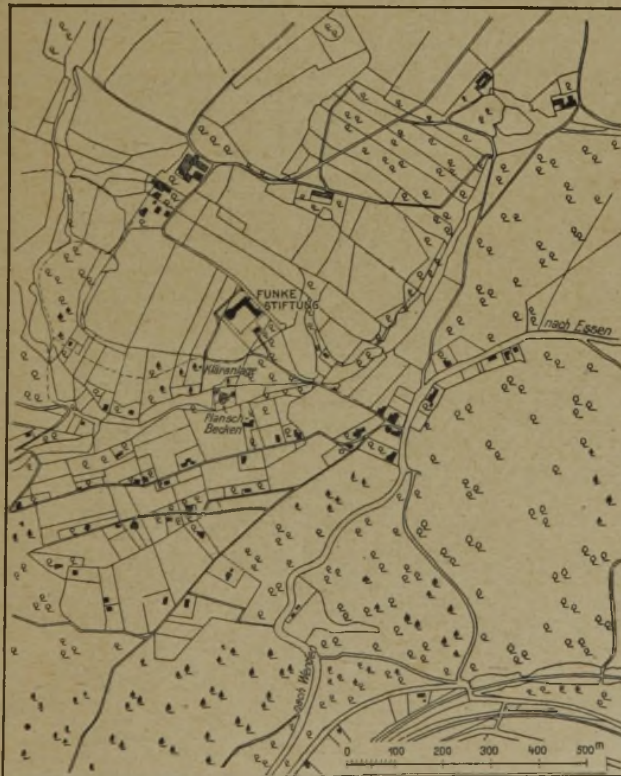


Abb. 4. Lageplan.

Städtische Hochbauten in Essen-Ruhr.

IV. Walderholungsstätte der Friedr. u. Wilh. Funke-Stiftung.

Wie soll aber eine solche Heranbildung des handwerklichen Nachwuchses möglich sein, wenn bürokratische Maßnahmen der Verwaltung erschwerend oder verhindernd in den Weg treten? Ganz besonders gilt das für die städtischen Schulen. Seit vielen Jahren bemühe ich mich, zum großen Teil vergeblich, die jetzt allgemeingültige Forderung der Erziehung auf handwerklicher Grundlage auch durchzusetzen. Im Frühjahr 1922 habe ich meine sämtlichen früheren Vorschläge und Anträge in kurzen Organisationsvorschlägen zusammengefaßt und in Stichworten der Verwaltung nochmals eingereicht. Das Ergebnis war, daß außer dem Provinzialschulkollegium, das diese Vorschläge als richtig anerkannte, Niemand dazu Stellung nahm.

In seiner Schrift „Gedanken zur Kunstschulreform“ schreibt Geh. Rat Wätzold vom Kultusministerium: „Das Verhältnis der Regierung zur Kunst sollte sich darauf beschränken, ihr Licht, Luft und

*) Vortrag, den der Verfasser am 25. März 1924 in der Aula der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule Berlin gehalten hat. —

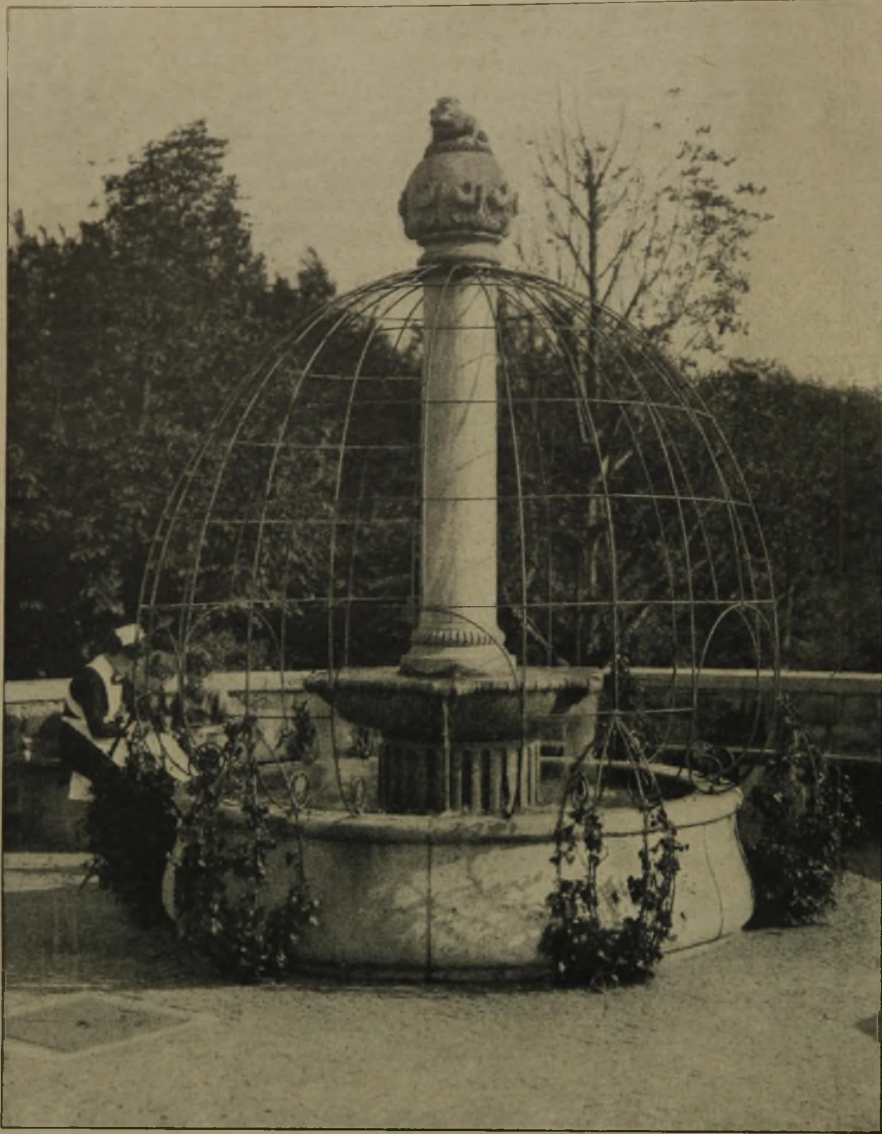


Abb. 5. Ruheplatz mit Märchenbrunnen im Anstaltsgelände.

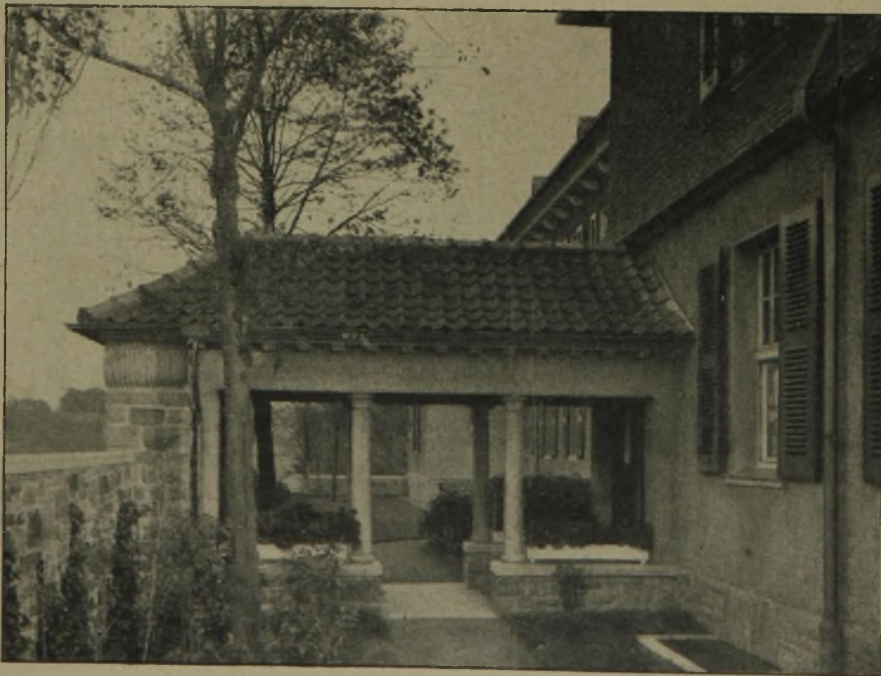


Abb. 6. Überdeckter Haupteingang zur Erholungsstätte.
Städtische Hochbauten in Essen-Ruhr.
IV. Walderholungsstätte der Friedrich und Wilhelm Funke-Stiftung.

Freiheit zu schaffen und die äußeren wie inneren Hindernisse hinwegzuräumen. Die staatliche und naturgemäß auch die städtische Kunstpflege leistet das Höchste, wenn sie den schöpferischen Kräften Entfaltungsmöglichkeiten und Wachstumsmöglichkeiten gewährt. Was darüber ist, ist meistens vom Übel.“

Inwieweit die Stadtverwaltung nach diesen Gesichtspunkten gearbeitet hat, möchte ich hier nicht im einzelnen untersuchen. Jedenfalls bleibt es für die Entwicklung der Schulen und ihrer inneren Leistungsfähigkeit im höchsten Grade bedauerlich, daß dieser für die Entwicklung unseres Kunsthandwerks so unendlich wichtigen Frage des Nachwuchses so wenig Interesse entgegengebracht wird, obwohl doch bekannt sein dürfte, daß von dem Wohlstand und der Steuerkraft des Handwerkes die Stadtverwaltung in hohem Grade abhängig ist. Es klingt fast unglaublich und unverständlich, daß den Direktoren keinerlei Möglichkeit gegeben ist, Vorschläge zur Weitergestaltung der Schulen an geeigneter Stelle zur Geltung zu bringen und ihre Schulangelegenheiten selbst zu vertreten. Es ist doch wohl einleuchtend, daß der Schulleitung, die für die Schule und ihre Leistungen verantwortlich gemacht werden soll, auch die erforderliche Selbständigkeit und Autorität gewährleistet wird. Bei der Auswahl der Lehrkräfte muß der Schulleitung freie Hand gelassen werden.

Unsere Schulen leiden darunter, daß ihr Vorhandensein in der Öffentlichkeit und auch in Handwerkskreisen fast unbekannt ist. Die Verwaltung müßte es als ihre Aufgabe betrachten, durch gehörige Bekanntmachungen auf ihre Schulen hinzuweisen, damit dem Nachwuchs die Möglichkeit gegeben ist, sich zum Zwecke seiner fachlichen Ausbildung an die Schulen zu wenden. —

Bei der Festsetzung des Haushaltsplanes werden die Schulen überhaupt nicht gehört und die von ihnen aufgestellten Vorschläge einfach übergangen.

Gegenüber diesem Verhalten muß immer wieder mit Nachdruck betont werden, daß die sorgfältige Ausbildung des Kunsthandwerks dringende Notwendigkeit ist. Um das Ziel eines gesunden Nachwuchses zu erreichen, sind gute Schulen, die die richtige Ergänzung der Meisterlehre bilden sollen, in erster Linie erforderlich. Die moderne Wirtschaft kennt das Handwerk im Sinne mittelalterlichen Zunftwesens nicht mehr. Es ist weitgehend industrialisiert. Der moderne Handwerksmeister ist nicht immer fähig und auch nicht immer willens. Lehrlinge in dieser eingehenden Weise auszubilden. Hier muß die Schule ergänzend eingreifen.

Von allen Seiten ist immer wieder auf die Bedeutung der Fachschulen und der Ausbildung

auf handwerklicher Grundlage hingewiesen worden, so auch von der Künstlerschaft in der auf Grund der Wätzold'schen Schrift im Januar 1921 einberufenen Versammlung im Herrenhause. Im gleichen Sinne hat sich auch wiederholt der Reichskunstwart Redslob ausgesprochen. In einem Vortrage in

Tageszeitungen haben Fritz Stahl, Karl Scheffler u. a. wiederholt die gleiche Forderung erhoben. Daß alles das nichts gefruchtet hat, liegt wohl hauptsächlich daran, daß es bei der Stadtverwaltung keine Fachleute gibt, die in der Lage sind, diese Fragen von fachlichem Gesichtspunkte aus vorurteilsfrei zu beurteilen.



Abb. 7. Blick gegen den Flügel mit den Schlafsälen.



Abb. 8. Blick in den Spielhof.

Städt. Hochbauten in Essen-Ruhr. IV. Walderholungsstätte der Friedrich und Wilhelm Funke-Stiftung.

der Universität am 21. Januar 1921 über „Unbewußte Kunsterziehung“ hat er am Schlusse ausgeführt, daß die durch die Not der Zeit mit einem ausgesprochenen Verantwortlichkeitsgefühl ausgerüsteten Lehrer und Künstler die Wegbereiter der kommenden Zeit seien als „Erzieher und Bildner“, die die Jugend in sich tragen. Auch in den

Es ist außerordentlich wichtig, daß auch die Finanzverwaltung unseren Schulen dasjenige Interesse entgegenbringt, das unbedingt notwendig ist, um der Schule und damit auch dem Handwerk und durch die Steuerkraft des Handwerks den Finanzen der Stadt zu dienen. Die erwähnten Organisationsvorschläge sahen eine wesentliche

Vereinfachung, wodurch erhebliche Ersparnisse hätten erzielt werden können, auf der anderen Seite allerdings auch einmalige besondere Ausgaben vor, z. B. für die Ausgestaltung notwendiger Werkstätten und für die Bereitstellung eines Betriebsfonds.

Das Kunstgewerbe liegt, wie allgemein bekannt, arg danieder. Es ist eine allzu bürokratische und von wenig Weitblick zeugende Bestimmung, wenn gerade jetzt die Kopfhälften für die aufrechtzuerhaltenden Klassen erhöht werden sollen. Es können dadurch wertvolle, dringend notwendige Unterrichtsgebiete verlorengehen oder in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Besonders müssen unbedingt gewisse Klassen auch bei schwachem Besuch bestehen bleiben, wenn es sich um die Aufrechterhaltung wichtiger alter Techniken handelt, deren Pflege die „Arbeitsgemeinschaft für Handwerkskultur“ unter dem Vorsitz des Reichskunstwarts Redlob übernommen hat. In Zeiten der Not haben eben Staat und Stadt die Pflicht, für die Aufrechterhaltung eines gesunden Handwerkerstandes zu sorgen, auch wenn den Ausgaben nicht unmittelbare Einnahmen gegenüberstehen. Die Früchte eines solchen Vorgehens werden nicht ausbleiben. —

Seit Jahren fehlt es den Schulen an dem erforderlichen Anschauungsmaterial, guten Vorbildern, die unentbehrlich sind. Es wäre gut, wenn durch Ausleihen guter handwerklicher Arbeiten die städtischen und staatlichen Museen hier helfend eingreifen würden. Ebenso sind auch für Büchereien keinerlei Mittel vorhanden. Ihre Verwaltung ist verboten worden. Zeitschriften dürfen nicht mehr gehalten werden. Infolgedessen verkümmert auch die wertvollste Bücherei und wird wertloses Papier, während doch das Streben dahin gehen sollte, sie mehr und mehr den Schülern und auch der Allgemeinheit, insbesondere den Handwerkskreisen, zugänglich zu machen.

Die Schüler sollten noch mehr als bisher an praktischen Arbeiten erzogen werden. Diesem Zwecke haben die Werkstätten zu dienen. Durch den Verkauf von Schülerarbeiten könnten den Schulwerkstätten mancherlei Vorteile erwachsen.

Jetzt bietet die Abbaumaßnahme des Staates der Stadt noch einmal Gelegenheit, ihre Fachschulen so zu entwickeln, wie es im Interesse der Gesundheit des Handwerkerstandes notwendig ist. Bei der jetzt neu zu gründenden Deputation für das Fach- und Fortbildungsschulwesen dürfte sich Gelegenheit bieten, mehr als bisher im fortschrittlichen Sinne für unsere Schulen zu wirken, aber nur dann, wenn in den Deputationen auch Fachleute und die Schulen durch ihre Leiter vertreten sind. Es ist ja ganz gut, wenn die Schulen von Juristen beraten werden, aber der bestimmende Einfluß kommt den berufenen Fachleuten zu. Die Bildung eines besonderen Kuratoriums aus hervorragenden in der Praxis stehenden Fachleuten ist daher unentbehrlich und müßte mit Beschleunigung vor sich gehen.

Nur unter Mitwirkung von Fachleuten kann der Abbau im Sinne eines Aufbaues sich zum Wohle der Stadt und des handwerklichen Nachwuchses entwickeln. Wird diese Möglichkeit wieder nicht ausgenutzt oder nur halbe Arbeit geleistet, dann trägt die Stadtverwaltung allein die Verantwortung, dann werden die Berliner Fachschulen weiterhin den zweifelhaften Ruhm haben, hinter der Provinz zurückzustehen. Es muß jetzt schnell gehandelt werden, ehe es zu spät ist.

Die erwähnten Organisationspläne vom 1. Mai 1922 gelten noch heute und sprechen ebenfalls von einem Abbau und von einem Aufbau. Ein unfachlicher Abbau nach bürokratischen Gesichtspunkten würde zur Erdrosselung der Kulturbestände der Handwerkskunst führen.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, was der Finanzminister Luther kürzlich sagte: „Die Regierung denkt nicht daran, ihre kulturellen Aufgaben aufzugeben“ und weiterhin am 1. März bei Gewährung von Krediten: „Wir können diese mit gutem Gewissen, ja mit Stolz (?) annehmen, denn wir liefern dafür deutsche Hand- und Kopfarbeit, die neue Werte schaffen zur Aufrechterhaltung des deutschen Volkes.“ —

Der Abbau ist nur so denkbar, daß Ernst gemacht wird mit der Beseitigung des Überflüssigen, mit der Zusammenfassung vorhandener genügender Mittel für unbedingt notwendige Zwecke und mit der Rückkehr zu Haushaltsplänen, die der Wirklichkeit und ihren Bedürfnissen entsprechen.

Durch den Bürokratismus werden täglich eine Menge von Energien verschwendet, die besser positiver Arbeit zugute kämen. Wenn man, wie bei den Elektrizitätszählern, diesen großen Energieverbrauch messen könnte, würde die Stadtverwaltung, erschreckt durch die hohen Verbrauchs-

ziffern, von selbst auf Vereinfachung des Apparates durch Ausschaltung unnötiger Zwischenräder hinwirken. Männer sind wichtiger als Systeme! Die schönste Organisation ist wertlos ohne schöpferische Menschen. Die Schulleitungen müssen mit mehr Selbständigkeit und dementsprechend mit mehr Verantwortung ausgestattet werden. Es sind ihnen die erforderlichen planmäßigen Mittel zur selbständigen Verwaltung unter Mitwirkung des Kuratoriums zur Verfügung zu stellen. —

Im Mittelalter war die Kunst kein abgesonderter Beruf sondern die Blüte des Handwerks. Der hervorragend befähigte Handwerker war Künstler. Das Wesentliche ist und bleibt daher die Ausbildung auf handwerklicher Grundlage. Die Meisterlehre bildet nach wie vor den notwendigen Unterbau. Die weitere Ausbildung aber ist Sache der Fachschule. In Übungsstätten als Ergänzung der Meisterlehre ist zunächst die Begabung des Schülers festzustellen, da sie noch frisch und unverbildet ist (nicht verkitscht). Es ist Sorge zu treffen, daß die Schüler durch die Arbeit in der Schule dem Handwerk nicht entfremdet werden; das Künstlerproletariat darf auf keinen Fall vermehrt werden. In den praktischen Unterrichtswerkstätten mit erweiterter Meisterlehre erfolgt die eigentliche Fachausbildung mit dem Ziele einer Abschlußprüfung in enger Zusammenarbeit mit den Innungen und Fachkreisen.

Bedingung hierfür sind gut eingerichtete Werkstätten mit einem Werkmeister als Handwerker und einem Fachlehrer, der ein Meister in seinem Fache sein muß, zugleich aber ein Erzieher und Mensch, kurz eine Persönlichkeit. Hier arbeiten Lehrer und Schüler am gemeinsamen Werk. Der Schüler soll zur Selbstzucht im schöpferischen Gestalten angeleitet werden, er soll lernen, was er in seinem Berufe braucht. Goethe sagt: „Eines recht wissen, gilt höher als Halbheit im Hundertfältigen.“

Solche Werkstätten sind, soweit sie nicht vorhanden, für alle Handwerksberufe einzurichten. In den Werkstätten sollen nur solche Stücke als Einzelarbeiten gefertigt werden, die die Schüler fördern. Dadurch wird der Dilettantismus ganz von selbst verschwinden. Eine Konkurrenz für die Gewerbetreibenden ist zu vermeiden. Besonderer Wert ist auf das Zusammenarbeiten der verschiedenen handwerklichen Berufe zur gegenseitigen Anregung und Befruchtung zu legen. Nur an praktischen Aufgaben, die auch die Gefahr des Mißlingens in sich bergen, kann etwas gelernt werden, zumal wenn der Schüler den ganzen Werdegang von Auftragserteilung und Materialbeschaffung an bis zur Ablieferung und Bezahlung miterlebt (Wätzold).

Als Ergänzung dienen die Fach- und Entwürfsklassen sowie das freie Naturstudium. Die Fachklassen bilden einen notwendigen Bestandteil der Werkstätten. Die Korrekturen der Lehrer sind einzudämmen zugunsten selbständiger Versuche der Lernenden.

Die Forderungen, die sich aus diesen Erörterungen ergeben, sind am Schlusse in kurzen Leitsätzen zusammengestellt.

Nunmehr gilt es zu handeln. Ich erinnere hierbei an eine Bemerkung Karl Schefflers: „Richtig ist es, die Gelegenheit — es ist die letzte — zu benutzen, um Forderungen zu erfüllen, die seit Jahrhunderten erhoben werden, um dann wie von selbst damit zu sparen.“

Es ist unbedingt notwendig, daß alle Berufenen, Staat und Stadt, die Innungen und alle mit der Schule und dem Kunsthandwerk in Verbindung stehenden Fachkreise, insbesondere auch die Lehrerschaft, sich dieser wichtigen Aufgabe bewußt sind und den ersten Willen haben, mitzuhelfen bei der Verwirklichung des Zieles, dem Nachwuchs unseres Handwerkes eine Ausbildung zu sichern, wie sie unser schwer daniederliegendes Volk zum Aufbau braucht. —

Leitsätze.

1. Zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft ist ein gesundes Handwerk Voraussetzung. — Die Heranbildung eines handwerklich tüchtigen Nachwuchses ist von größter Wichtigkeit für unser ganzes Volk. — Die Erreichung dieses Zieles ist nur durch die Mitwirkung guter Fachschulen möglich.
2. Die Schule ist der Schüler wegen da. Deren bestmögliche fachliche Ausbildung muß Allem vorangestellt werden. Die Schule soll zu fachlich besten Leistungen erziehen.
3. Die Meisterlehre bildet nach wie vor die Grundlage für das Handwerk, also auch für das Kunsthandwerk.
4. Die Ausbildung muß auf handwerklicher Grundlage erfolgen in vorbildlich ausgestatteten Werkstätten unter Leitung hervorragender in der Praxis stehender Fachleute mit Unterstützung von geeigneten Werkmeistern.
5. Bei den in der Schule auszuführenden Arbeiten soll der Grundsatz befolgt werden, daß die Arbeiten so gut und geschmackvoll ausgeführt werden, als es dem Ausführenden möglich ist. Die Stücke dürfen zu normalen Preisen verkauft werden.
6. Um ein Zusammenarbeiten aller kunsthandwerklichen Berufe zur gegenseitigen Anregung und Befruchtung zu ermög-

lichen, ist die räumliche Zusammenlegung möglichst aller Werkstätten in einem Gebäude erforderlich.

7. Eine gute zeichnerische Ausbildung ist ein Hauptfordernis. Das Fachzeichnen ist ein notwendiger Teil der handwerklichen Ausbildung und muß in enger Verbindung mit den Werkstätten erfolgen. Als Ergänzungsunterricht ist das freie Naturstudium zu pflegen.

8. Für diese Zwecke sind den Schulen weitestgehend Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen. Es müssen einwandfreie Vorbilder zur Verfügung stehen, gegebenenfalls durch Ausleihen guter handwerklicher Arbeiten aus den Museen. — Die Bücherei und die erforderlichen Zeitschriften sind Schülern, Lehrern und Handwerkskreisen zugänglich zu machen. Die Mittel sind von der Stadt und den beteiligten Fachkreisen aufzubringen.

9. Keine Schule ist besser als ihre Lehrer. Deshalb Schaffung eines Lehrkörpers möglichst aus hervorragend handwerklich ausgebildeten Persönlichkeiten, die in ihrem Fach Bedeutsames leisten. Die Auswahl der Lehrkräfte ist der Schulleitung zu überlassen.

10. Die Erhaltung und Pflege wichtiger Techniken ist eine der Hauptaufgaben der Schulen. Die Mindestfrequenzen finden auf die für die Förderung des handwerklichen Nachwuchses besonders bedeutsamen Klassen keine Anwendung.

11. Die Bildung eines Kuratoriums aus hervorragenden in der Praxis stehenden Fachleuten in Verbindung mit der Schulleitung und der Verwaltung ist notwendig.

12. Es muß den Lehrlingen unbenommen bleiben, außer dem Besuch der Pflichtfortbildungsschule auch die Fachschule zu besuchen. Über die Aufnahme entscheidet allein die Fachschule gemäß den für sie geltenden Aufnahmebedingungen. Eine Bescheinigung der Pflicht- oder Wahlfortbildungsschule ist nicht erforderlich.

13. Die Verwaltung sollte ihre Hauptaufgabe darin erblicken, den Schulen Licht, Luft und Freiheit zu schaffen und ihr innere und äußere Hindernisse hinwegzuräumen. Vereinfachung des bürokratischen Apparates, inofgedessenen geringere Reibungen und Energieverluste sowie Kostenersparnisse.

14. Die Erreichung dieser Ziele ist nur möglich, wenn der Schulleitung die erforderliche Selbständigkeit und Autorität gesichert wird. Sie übernimmt dann in Verbindung mit dem Kuratorium die Verantwortung. Es ist ihr auch Gelegenheit zu geben, die Schulangelegenheiten an den maßgebenden Stellen selbst zu vertreten. Die Schulleitung muß in der neu zu gründenden Fachschuldeputation vertreten sein. — Der Schulhaushalt ist von der Schulleitung unter eigener Verantwortung zu verwalten, bei seiner Aufstellung und Festsetzung ist der Leiter unbedingt hinzuzuziehen.

15. Die Schulen sollen in Fachkreisen bekannt werden. Die dazu erforderlichen Bekanntmachungen sind an geeigneten Stellen von ihr zu erlassen.

16. Als Dezerent für das Fachschulwesen wird ein Fachmann gefordert. —

Hundert Jahre Hamburger Stadtentwicklung.

Von Dr. Albert Hofmann. (Schluß aus No. 46/47.)



Noch mehr aber fällt das Zurücktreten wohnungspolitischer Gesichtspunkte gelegentlich der großen Veränderungen auf, die der Zollanschluß Hamburgs in den 80er Jahren hervorrief. Die großen haften- und wirtschaftstechnischen Bauten vertrieben aus Kleinwohnungen 24 000 Menschen, die man aber nicht planmäßig neu ansiedelte, sondern sich selbst überließ. Auch bei dieser Gelegenheit wurde im Stadtkern Vieles umgestaltet, nur nicht die Wohnungsverhältnisse. Es bedurfte wieder eines gewaltigen Schicksalsereignisses, um der Wohnungspolitik eine entscheidende Wendung zu geben: es trat die Cholera des Jahres 1892 auf. Sie führte in der Umgestaltung der alten Stadt zu Taten, deren bewegende Kraft heute noch nicht zu Ende ist. Man sah ein, daß man für erhebliche Teile der alten Stadt eine ähnliche durchgreifende Umgestaltung des ganzen Gefüges von Straßen und Baublocken systematisch vornehmen mußte, wie es der Brand für einen Teil dieser Stadt bereits gewalttätig veranlaßt hatte. Man faßte diese Aufgabe im größten Stil an; man war sich bewußt, man hatte viel nachzuholen und viel neu zu lernen. Aus dieser Entwicklung von 20 Jahren begannen sich vor Kriegsausbruch in der Hamburger Wohnungspolitik zwei Grundsätze durchzusetzen: der Grundsatz, daß der Staat, auch mit Opfern, eine sozial als notwendig erkannte Kleinwohnungspolitik durchführen müsse und der Grundsatz, daß er in solchem Fall seinen Grund und Boden in der Gewalt behalten müsse, teils zur Erleichterung nützlicher Bauabsichten, teils zum Besten des eigenen Besitzstandes. Die Wohnungspolitik Hamburgs gelangt also im Laufe dieser Entwicklung zu drei festen Zielen: zu einer gesicherten staatlichen Durchführung der Kleinwohnungserfordernisse, zu einer einheitlichen staatlichen Wohnungspolitik und zu einer einheitlichen architektonischen Durchbildung. Auf dem Boden dieser drei wichtigen Errungenschaften der hundertjährigen Entwicklung der Stadt steht die Neugestaltung der werdenden Großstadt. Sie vollzieht sich vor allem in den Außenbezirken rings um die alte Stadt, die nach allen Seiten mit jungen Trieben ausstrahlt, und erfaßt auch die Vororte. „Hier entstand eine große neue Stadt, von einer gewissen Einheitlichkeit des Typus, ein Gebilde, das seinem Wesen nach etwas Neues ist in der Geschichte des baulichen Werdens, nämlich ein Gebilde, das nicht aus sich selbst die Gesetze seines Seins entwickelte, sondern das sich aufbaute nach allgemeinen, vorher festgelegten Gesetzen.“ Man schuf damit Bildungen „hart an der Schwelle der baulichen Entartung“. Für diese zweite Zone der Großstadt nahm man, ohne es recht zu wissen, die Form, die sich für die Kernstadt aus tausend Zwängen ergab. „Es ist der Fluch dieser zweiten Zone der modernen Großstadt — nicht nur in Hamburg, sondern überall in Deutschland —, daß die Schatten der modernisierten Altstadtzone schwer und dunkel auf ihr lagen.“ Das Schicksal dieser ersten Entwicklungsphase der Großstadt, unter der wir noch heute leiden, liegt nicht allein in unausgereiften Bedingungen der Bauordnung, mehr noch in der Tatsache, daß diese Phase gelenkt wurde durch Bebauungspläne, die noch nicht zu einem schöpferischen wohnungspolitischen Wesen durch-

gedrungen waren. Es waren hauptsächlich drei Gesichtspunkte, die die Wohnungspolitik in den Bebauungsplänen der ersten großstädtischen Neugestaltung der Hamburger Vororte von 1872 beeinflussten: Gewerbezulassung, Verkehrszüge aller Art mit ihren Baulinien und Staffelung der baulichen Ausnutzung. Nicht Rechnung getragen wurde den Gesichtspunkten, die maßgebend sind für das Verhältnis des künftigen baulichen Gebildes zum Gebilde des Baublocks, der aus diesen Maßnahmen entsteht. Aus den drei Kräften: der auf Verhindern zugeschnittenen Bauordnung, dem einseitig auf Verkehr zugeschnittenen Bebauungsplan und dem auf Geschäft zugeschnittenen Bauunternehmertum ist die zweite Phase der modernen Großstadt entstanden, und zwar als ein mechanisches Produkt. Man darf sich also nicht wundern, wenn in ihr nicht gut wohnen ist. „Daß Kunst nicht von selbst entsteht, sondern nur durch das Wirken künstlerischer Kräfte, ist wohl im allgemeinen immer klar gewesen, daß aber auch Harmonie nicht von selbst entsteht, sondern nur, wenn sie vorgeschaut ist, hat doch wohl der negative Beweis am Körper der werdenden Städte unserer Zeit erst der Allgemeinheit zum Bewußtsein gebracht. Dieses Vorausschauen eines harmonischen Zusammenklagens ist aber nichts anderes als Kunst, ja man kann sagen, es ist die eigentliche Kunst des Städtebaues.“ Schumacher ist der Meinung, daß die erste Entwicklungsphase des großstädtischen Bebauungsplanes gescheitert sei, und das liege an der Einseitigkeit der Blickrichtung, aus der er entstand. Diese Richtung aber müsse in erster Linie auf Wohnungspolitik eingestellt sein; Wohnungspolitik aber entstehe nur aus dem lebendigen Zusammenwirken juristischer, sozialer, technischer und künstlerischer Gedankengänge. „Daß sie nicht gleichberechtigt zu Worte kamen und da, wo sie etwa wirkten, nicht zu einer Einheit zusammengefaßt wurden, hat zur Katastrophe ‚Großstadt‘ geführt.“

Unter wesentlich anderen Bedingungen trat Hamburg an die Neugestaltung der dritten Zone heran. Entstand die zweite Zone unter dem Einfluß und gleichsam als Fortsetzung ihrer Vorgängerin, so entstand die dritte Zone mit der Absicht, sie zu schützen vor den Erscheinungen ihrer Vorgängerin. Zu dieser Zone gehören die Vororte, die 1913 eingemeindet wurden, und die Walddörfer. Diese Gebiete fallen unter gleiche wohnungspolitische Gesichtspunkte. Die Wohnungspolitik dieser Jahre wird beherrscht von dem Gedanken, auf Hamburger Staatsgebiet reizvolles Gelände zu erschließen, das die steuerkräftige Bevölkerung im Bannkreis seiner Oberhoheit festhält. In der Wohnungspolitik gegenüber den Walddörfern setzt sich ein neues Bewußtsein durch für das Verhältnis zwischen Natureindruck und Bebauungsplan. Nun drang der Städtebau in Hamburg dahin durch, jeden wertvollen Baum, jede Grüngruppe, ja jeden für diese Gegend so charakteristischen Knick zu beachten, nach seiner Erhaltung zu suchen und ihn nur unabweislichen Gründen zu opfern. Man wollte eine Entlastung von Großstadteindrücken für die neuen Siedlungen erreichen.

In der Ausgestaltung der zukünftigen Stadt treten an die Stelle technischer Leitgedanken poli-

tische. Nach dem großen Brand geschah Alles, was unternommen wurde, unter der Herrschaft des Wortes „feuersicher“; nach der Cholera erhielt das Wort „hygienisch“ die Herrschaft; das beherrschende Wort unserer Zeit ist das Wort „sozial“. Was früher in den Anfängen schlummerte, ist durch die Nachwirkungen des Krieges plötzlich zur Reife gebracht worden. Dadurch wurden für die Zukunft eine Fülle neuer Probleme heraufbeschworen. Das neue soziale Ziel läßt sich nicht in das Schlagwort eines einzigen Wohnungstypus bannen, sondern sucht einen Zustand zu erreichen, der dem mannigfaltig schattierten Bedürfnis natürlicher Menschen entspricht: es gilt, die Entwicklung mannigfach abgestufter Zonen vorzubereiten. Dagegen aber türmen sich in Hamburg besondere Schwierigkeiten auf, und diese liegen in der seltenen Ungunst der Struktur des Ge-

bildes, das die Form von Hamburgs politischen Grenzen trägt. Nur eine Entwicklung, die sich in gleichmäßigen, nach allen Seiten gehenden Ausstrahlungen um das Kraftzentrum der Stadt, den Hafen, legt, ist natürlich. Diese Möglichkeit ist dem gegenwärtigen Hamburg abgeschnitten. Nur als ein schmaler Arm zweigt das Wohngebiet vom Arbeitsgebiet des Hafens ab, statt dessen müßte es dieses Arbeitsgebiet rings umfassen, nur dann kann sich die Wechselwirkung zwischen Arbeiten und Wohnen natürlich entfalten. Für die Ausgestaltung der künftigen Stadt sind deshalb neben gesetzestechnischen und siedlungstechnischen Vorbedingungen vor allem politische Vorbedingungen zu lösen: die politischen Grenzen Hamburgs müssen erweiternd umgestaltet werden. Hier liegt die Zukunft Hamburgs als Stadt wie als Wirtschaftsgebiet. —

Tote.

Eberhard Hillebrand †. In Hannover starb am 18. März d. J. in seinem 84. Lebensjahre Baurat Hillebrand, der sich als Kirchenbaumeister einen Namen gemacht hat. Mit ihm ist einer der letzten Meister aus der Zeit Ungewitters in Cassel und C. W. Haases in Hannover dahingegangen, Männern, die sich die Wiederbelebung einer wissenschaftlich erforschten und richtig verstandenen Gotik zum Ziele gesetzt hatten. Zu der großen Schulgemeinschaft, die die Lehren der mittelalterlichen Baukunst auf die Praxis übertrug und deren Wegbereiter diese Männer waren, ist auch Hillebrand zu rechnen, der nach handwerklicher und technischer Vorbildung und dem Besuch des Polytechnikums Hannover sowohl bei Haase als auch bei Ungewitter tätig war und dort die für seine spätere Lebensarbeit entscheidende Richtung bekam. Nach seiner 1868 abgelegten Staatsprüfung wandte er sich dem Kirchenbau zu und hat dieses Hauptgebiet seines Schaffens, in dem ihm reicher Erfolg beschieden war, abgesehen von einer dreijährigen Tätigkeit im Dienste der Stadt Hannover, nicht mehr verlassen. Seine zahlreichen Kirchenbauten, die er in Hannover und anderen Städten des westlichen Mitteldeutschland in Anlehnung an die strengen Formen der Frühgotik errichtet hat, zeigen meist das System des breiten Mittelschiffs mit zwei schmalen Seitenschiffen. In einem großen Tafelwerk „Evangelische Kirchen und Pfarrhäuser“ sind die meisten der von ihm geschaffenen Sakralbauten veröffentlicht. —

Stadtbaurat Dr.-Ing. Bredtschneider †. Am 13. Mai d. J. ist im 69. Lebensjahre der frühere Stadtbaurat und Leiter des Tiefbauamtes von Charlottenburg gestorben, ein anerkannter Fachmann auf dem Gebiete des städtischen Tiefbaues und namentlich der Stadtentwässerung. Gleich seinem Vorgänger Stadtbaurat Dr.-Ing. Koehn aus der Hobrechtschen Schule hervorgegangen, wurde Bredtschneider nach dessen Übergang zur Industrie im Jahre 1893 als sein Nachfolger berufen, nachdem er bereits einige Jahre vorher als Stadtbaupraktiker für das Tiefbauwesen derselben Stadtgemeinde tätig gewesen war. Unter seiner Leitung hat sich die Entwicklung Charlottenburgs zur Großstadt vollzogen, ist die Ausgestaltung des Bebauungsplanes, der Ausbau der Straßen, Brücken und Verkehrseinrichtungen, vor allem aber der Kanalisation nach dem Schwemmsystem erfolgt. An all diese erfolgreich von ihm durchgeführte Aufgaben ist Bredtschneider mit großer Sachkenntnis und nach sorgfältigen Vorstudien herangetreten. Ihm verdankt Charlottenburg auch die Einrichtung einer gut ausgestatteten und von tüchtigen Fachmännern geleiteten eigenen Versuchsanstalt, in der nicht nur die verschiedenen Baustoffe der Stadtverwaltung geprüft, sondern auch wissenschaftliche Untersuchungen über Straßenbaustoffe, Verhalten von Beton gegen angreifende Stoffe usw. angestellt worden sind. In diesen Fragen ist Bredtschneider auch verschiedentlich mit Veröffentlichungen und Gutachten hervorgetreten und ebenso ist er für die „Vereinigung der höheren technischen Beamten deutscher Städte“ ständiger Berichterstatter für den Asphalt und mit ihm verwandte Baustoffe betreffende Fragen gewesen. Zweimal nach 12jähriger Amtsperiode wiedergewählt, schied Bredtschneider bei der Neuordnung der Verwaltung Groß-Berlins aus dem Dienste der Gemeinde aus, die sein Wirken durch Verleihung der Würde eines Städtältesten ehrte, während die Technische Hochschule Berlin ihm für seine Verdienste um die Entwicklung des städtischen Tiefbauwesens und namentlich der Kanalisation die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verlieh. Nach seinem Ausscheiden aus dem städtischen Dienste war Bredtschneider als Dozent für Fragen seines engeren Berufsgebietes an der Berliner Technischen Hochschule erfolgreich tätig. Mit ihm ist ein Ingenieur von reichem Wissen, großer praktischer Erfahrung auf dem Gebiete des städ-

tischen Tiefbauwesens dahingegangen, ein Mann von großer Gründlichkeit und scharf ausgeprägter eigener Meinung auf seinem besonderen Arbeitsfelde. — Fr. E.

Wettbewerbe.

In einem internationalen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Anlage eines Lebensmittelmarktes auf dem Gelände der „Roten Speicher“ in Riga, den die dortige Stadtverwaltung im Juni v. J. ausgeschrieben hatte, erhielten den I. Preis Arch. Mödlinger-Riga, den II. Preis Siemens-Bauunion-G. m. b. H., Kommanditgesellschaft-Berlin, den III. Preis Ing. von Rennekampff-Riga. —

Über den Wettbewerb für die Umgestaltung des Ulmer Münsterplatzes (vgl. Nr. 45) wird jetzt mitgeteilt, daß die Abgabefrist der 15. Oktober d. J. ist und Unterlagen zum Preise von 5 GM. vom städtischen Hochbauamt Ulm bezogen werden können. An Stelle des Ob.-Brt. Eisenlohr-Stuttgart ist in der endgültigen Zusammensetzung des Preisgerichts Prof. Dr. Bonatz-Stuttgart genannt. —

Im Wettbewerb für die Ausgestaltung des Leipziger Untergrundmeßhauses unter dem Marktplatz erhielten den I. Preis Arch. Kurt Schümichen-Leipzig, den II. Preis Arch. O. Rothmann, den III. Preis die Architekten J. und W. Schuhknecht. Die Entwürfe von O. und W. Born und von Max Schönfeld wurden angekauft.

Chronik.

Das neue Stadttheater in Teplitz-Schönau, das als neues Nationaltheater der Sudetendeutschen anzusehen ist, wurde am Ostersonntag eröffnet. Es wurde an Stelle des im Jahre 1919 abgebrannten Bauwerks nach den Plänen der Arch. Rudolf Bitzan-Dresden und Prof. Adolf Linnebach-München mit einem Kostenaufwand von 26 Mill. Kronen errichtet und muß als bedeutendster neuzeitlicher Theaterbau der ganzen Tschechoslowakei angesprochen werden. Der Zuschauerraum enthält 1326 Sitzplätze. Er ist gleichzeitig Festsaal und stellt einen Teil der neuen Teplitzer Stadsäle dar, die außerdem einen Erfrischungsraum, einen kleinen Kursaal, ein Lichtspieltheater, ein Kaffeehaus, Spielzimmer, Ratskeller und Weinstube umfassen. —

Die Eröffnung der Wiener Porzellanfabrik im Wiener Augarten, die seit drei Vierteljahren in Betrieb genommen ist, fand am 2. Mai d. J. in Anwesenheit des Bundespräsidenten Hainisch statt. Dieses neue Unternehmen ist berufen, die Traditionen der vor etwa 200 Jahren gegründeten staatlichen Alt-Wiener Porzellanmanufaktur fortzusetzen, die in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als sie sich in einer Periode geschäftlichen Niederganges befand und staatlicher Zuschüsse bedurfte, geschlossen wurde. Die Leitung der Umbauarbeiten im alten Augartenpalais lag in den Händen des Prof. Frömmel und Arch. Kloos. —

Deutsche Mosaiken in einer schwedischen Kirche. Die Apsis der neuen Högalids-Kirche zu Stockholm ist nach den Kartons des schwedischen Malers Einar Forseth von den Vereinigten Werkstätten der Mosaik- und Glasmalerei Puhl und Wagner, Gottfried Heinersdorff in Berlin-Treptow mit Mosaiken geschmückt worden, die im Frühjahr enthüllt wurden und auf reichem Goldgrund die Beweinung Christi darstellen. —

Eine neue Staatsgalerie in Prag. Die tschechoslowakische Republik plant die Errichtung einer neuen Staatsgalerie am Ufer der Moldau unter dem Prager Hradschin, da das alte, nach Kaiser Rudolf II. Rudolfinum benannte Prager Museum nicht mehr für ausreichend erachtet wird, um den neuen Ansprüchen zu genügen. Der auf Grund eines Wettbewerbes zur Ausführung bestimmte Entwurf sieht eine breit gelagerte Anlage vor, die sich dem herrlichen Stadtbilde an der Prager Kleinseite gut einordnen soll. Die Bauzeit ist reichlich bemessen; sie soll sich auf 5 Jahre erstrecken. —

Ein neues deutsches Theater in Riga soll auf einem Teil des im Stadtkern gelegenen Grundstückes der Reimerschen Augenklinik errichtet werden. Der Bauplatz ist dem deutschen Theaterverein von der Stadtgemeinde zur Verfügung gestellt worden. —

Inhalt: Städtische Hochbauten in Essen-Ruhr. (Schluß). — Die Not des handwerklichen Nachwuchses. — Hundert Jahre Hamburger Stadtentwicklung. (Schluß). — Tote. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Fritz Eiselen in Berlin.
Druck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.